

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Christa Luft, Dr. Uwe-Jens Rössel,
Rolf Kutzmutz und der Gruppe der PDS**

zu der vereinbarten Debatte zu Substanzsteuern

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

dem Deutschen Bundestag bis zum 30. Juni 1997 einen Vorschlag für eine gesetzliche Neuregelung der Vermögensteuer vorzulegen, der sicherstellt, daß die Vermögensteuer stärker entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und unabhängig von der Lebensweise der Steuerpflichtigen erhoben wird.

Bonn, den 11. Dezember 1996

Dr. Barbara Höll

Dr. Christa Luft

Dr. Uwe-Jens Rössel

Rolf Kutzmutz

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Entgegen den Behauptungen der Koalition hat das Bundesverfassungsgericht die Vermögensteuer nicht als grundgesetzwidrig beurteilt. Indem die Vorgabe einer Obergrenze der steuerlichen Belastung unpräzise formuliert wurde, bleibt dem Deutschen Bundestag, auch nach Ansicht namhafter Sachverständiger, ausreichend Spielraum für eine gesetzliche Gestaltung der Vermögensteuer. Zudem wird durch das Bundesverfassungsgericht der Tatsache nicht widersprochen, daß aus Vermögensbesitz eine eigenständige Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen erwächst. Damit ist die Erhebung der Vermögensteuer als wesentlicher Bestandteil eines gerechten und ökonomisch rationalen Steuersystems gerechtfertigt.

